Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Teilausgaben abends und morgens zugestellt.
Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bis 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bis 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Meyers Schlafröcke von 10 Mk. an
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 7.

Max Roll, Zigarrenhandlung
Zöllnerstrasse DRESDEN Ecke Striesnerstr.
Filiale der „Dresdner Nachrichten"
hat
Annahmestelle für Inserate u. Abonnements für obige Zeitung.

Diätkuranstalt
für Magen-, Darm-, Zucker-, Gichtkranke, Fettsucht, Abgemag. etc.
früher Dr. Kadners Sanatorium
Dr. Oeder.
Das ganze Jahr besucht. Prospekte.
Niederlössnitz bei Dresden.

MATTONI'S GIESSHÜBLER natürlicher alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI
in Giesshübl Sauerbrunn.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.,** Marienstr. 20, 3 Raben.

Nr. 202. Spiegel: Zur Papstwahl. Amtshauptmann v. Carlowitz †. Zur Wahlrechtsreform. Vogelhändler. Turnfest in Nürnberg. Architektenverein. Gerichtsverhandlungen. Zum Tode des Papstes. | Mutmaßliche Witterung: **Wärmer, meist heiter.** | **Donnerstag, 23. Juli 1903.**

Zur Papstwahl.

Die Politik kann sich nun in aller Muße mit der Frage beschäftigen, wer Leos XIII. Nachfolger werden wird. Denn es werden eine Reihe von Tagen verfließen, etwa so viel, als der Todeskampf des verstorbenen Papstes gedauert hat, bis das Kardinalskollegium, das sogenannte Konklave, die Wahl des 264. Papstes vollzogen hat. Während des Interregnums, das bis dahin im Vatikan herrscht, wird die Neuwahl in allen ihren Möglichkeiten und Konsequenzen allenthalben in der politischen Welt das Hauptthema bilden.

Die Papstwahl ist in erster Linie ein politischer Vorgang; als solcher wird sie allerwärts bewertet, und schon daraus mag man entnehmen, daß das Papsttum nicht eine rein kirchliche, sondern vorzugsweise eine weltliche, irdischen Machtzwecken dienende Institution ist und seinem ganzen Geiste nach, wie er sich im Verlaufe einer mehr als tausendjährigen Geschichte entwickelt hat, sein soll. Nicht darauf kann es daher dem Konklave vor allem ankommen, an die Spitze der katholischen Kirche den Mann zu stellen, der um seiner priesterlichen Eigenschaften und Vorzüge willen dazu besonders würdig und berufen ist, sondern die Tendenz der Papstwahl geht dahin, demjenigen die Tiara auf das Haupt zu setzen, der am meisten geeignet erscheint, die hierarchischen Grundgedanken des Papismus aufrecht zu erhalten und zu fördern. Selbst wenn das weltliche Intriguenspiel und die politischen Interessenkämpfe, die vor und in dem Konklave dem schließlich entscheidenden Wahlakte vorausgehen, die nichtbeabsichtigte Folge haben sollten, daß sich die maßgebende Stimmenmehrheit der Kardinäle auf eine Persönlichkeit vereinigt, die den Willen hat, sich fortan ausschließlich als bloß geistiges Oberhaupt seiner Kirche zu betätigen, so würde solcher Wille sehr bald scheitern und gebrochen werden durch die höhere Macht festgewurzelter Traditionen und die Obergewalt des Jesuitismus. Mächtiger als der Papst ist das Papsttum, das von jesuitischem Geiste und von weltlichen Ideen erfüllt ist, die in dem Ziele gipfeln, ihm die höchste irdische Stellung über allen Fürsten, Völkern und Staaten des Erdkreises zu verschaffen.

Christus hat zwar gesagt: Mein Reich ist nicht von dieser Welt, und man sollte daher meinen, daß derjenige, der sich anmaßt, Christi Statthalter zu sein, dieses Wort dessen, den er auf Erden vertreten will, zur alleinigen Grundlage seines ganzen Wirkens machen müßte. Und da ferner Christus weltliche Herrschaftsgedanken der Apostel Petrus, Paulus und ihrer Nachfolger geradezu ausgeschlossen hat, so sollte man annehmen, daß die Würde des Papstes nicht weltlicher, sondern lediglich geistiger Natur ist. Aber so selbstverständlich das sein sollte, so hat sich doch die römische Kirche in und mit dem Papsttum zu einem Reiche herausgebildet, das nicht nur nicht bloß von dieser Welt sein will, sondern deren Wesen ja gerade darin besteht, den stärksten politischen Faktor auf Erden darzustellen. Der Bischof von Rom hat allerdings ursprünglich Jahrhunderte hindurch an seinem Wohnsitze nicht mehr bedeutet, als irgend ein anderer Bischof in dem seinigen: er war der Untertan west- und oströmischer Kaiser und hatte sich durch die bürgerlichen Kämpfe, die in späterer Zeit Rom oftmals erfüllten, hindurch zu finden, so gut er konnte. Daß Konstantin der Große, der im römischen Reiche das Christentum zu äußerlichem Siege brachte, den römischen Bischof in der Stadt als Herrscher anerkannt habe, ist eine Fabel, zu deren Begründung später die angebliche „Schenkung Konstantins" erfunden wurde. Nur sehr allmählich errang der Bischof von Rom inmitten der Wirren des frühen Mittelalters die Herrschaft in Rom, gerade so wie in Deutschland geistliche Fürstentümer entstanden; von den geistlichen Kurfürsten, regierenden Bischöfen, Aebten und sogar Aebtissinnen, die im alten Deutschen Reiche vorhanden waren, unterschied sich der Papst als weltlicher Regent anfänglich in keiner Weise; mit der Zeit aber wuchs seine Bedeutung über die aller anderen kirchlichen Würdenträger weit hinaus, bis er schließlich den Anspruch geltend machte und tatsächlich zuweilen auch zu verwirklichen wußte, der höchste irdische Machthaber über allen anderen neben ihm zu sein. So kam es, daß Päpste deutsche Kaiser der Krone und des Reiches verlustig erklärten und von sich behaupteten, sie seien zwar etwas weniger als Gott selber, aber mehr als alle Menschen. Und leider ist es dem eben verschiedenen Papste nur allzu sehr gelungen, für den gewaltigen Gedanken der päpstlichen Weltherrschaft zu arbeiten, dergestalt, daß der „Souverän" im Vatikan als ein willkommener Bundesgenosse der Staaten in den Schwankungen des internationalen Gleichgewichts bewertet und nirgends bezweifelt wird, die Politik der römischen Kurie sei ein nicht ungefährlicher Faktor, sobald sie gegen den europäischen Frieden eingesetzt werden würde. Was das Papsttum heute noch oder vielleicht richtiger gesagt heute wieder zu bedeuten hat, muß drastischer als anderwärts in Deutschland empfunden werden: das deutsche Volk ist überwiegend protestantisch, eine protestantische Dynastie steht an der Spitze des Deutschen Reiches und doch ist hier seit länger als einem Jahrzehnt die regierende Partei das Zentrum, die ultramontane Partei, die Herz und Heimat jenseits der Berge in Rom hat, die es sich zur höchsten Ehre anrechnet, des Papstes Leibgarde zu sein, deren Höchstkommandierender auf dem päpstlichen Stuhle oder im Staatssekretariat des Vatikans sitzt.

Das Papsttum fordert und erstrebt die absolute Gewalt, und zwar eine Gewalt, der nicht bloß alle irdische Macht untertan ist, sondern der sich auch willenlos die Geister unterordnen sollen. Leo XIII., der politischeste Papst unter den Päpsten der letzten Jahrhunderte, ist es gewesen, der den Gedanken der unbeschränkten Herrschaft über die gesamte Christenheit zu erneuern versucht hat, indem er alle christlichen Kirchen aufforderte, in den Schoß der Papstkirche zurückzukehren. Aber gerade der ungeheuerliche Unfehlbarkeitsdünkel und die starre Unduldsamkeit des Papsttums würden die unüberwindlichen Hindernisse einer Wiedervereinigung aller christlichen Kirchen bilden, wenn überhaupt jemals davon ernstlich gesprochen werden könnte. Die erste Vorbedingung solcher Wiedervereinigung müßte sein, daß der Papst, statt ferner dem Wahne zu huldigen, der Stellvertreter Gottes zu sein, im Gefühl der Sündhaftigkeit und in der Erkenntnis seiner menschlichen Unzulänglichkeit an die eigene Brust schlüge und als armseliger Sünder Buße täte; aufhören müßte er ferner, die Protestanten in demselben Atemzuge, in dem er sie zur Rückkehr zur „alleinseligmachenden" Kirche auffordert, zu verfluchen und in alle Ewigkeit als Ketzer zu verdammen. Wie sollte sich die Freiheit des Christenmenschen, die uns Martin Luther in heißem Kampfe gegen den Papst als den Antichristen erstritten hat, jemals vertragen mit jener Geisteskneechtschaft des jesuitischen Papismus, der sich selber preisgeben und seinen innersten Kern verleugnen müßte, wenn er nicht die Unfreiheit der Geister als die Voraussetzung der römischen Hierarchie beibehalten wollte!

Dessen sollte sich die evangelische Welt in diesen Tagen des Papstwechsels in jedem Augenblicke bewußt bleiben. Wer auch der neue Papst sein wird, an dem Wesen des Papsttums, wie es unter Leo XIII., Pius IX. und deren Vorgängern gewesen ist, wird sich nicht das Mindeste ändern: es wird nach wie vor bleiben der unversöhnliche Feind aller wahren Geistesfreiheit, alles echten Protestantismus, und darum sollte der spezifisch protestantische Geist der Kritik und des Widerspruches geweckt werden, daß auch das 20. Jahrhundert noch das Schauspiel einer Papstwahl erleben muß.

Neueste Drahtmeldungen vom 22. Juli.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der gestrigen dritten Sitzung der hier tagenden Währungskommission, der der chinesische Geschäftsträger Kingintha als Vertreter der chinesischen Regierung beiwohnte, wurden die Beratungen über die Einführung einer einheitlichen Währung in China fortgesetzt und als Ergebnis der Verhandlungen einstimmig folgende Resolution angenommen: 1. Die Einführung eines einheitlichen Geldumlaufs in China, bestehend aus Silbermünzen mit voller gesetzlicher Zahlungskraft ist dringend erwünscht. Die Vorteile einer solchen Reform für China, wie auch für die Goldwährungsländer, würden außerordentlich gesteigert werden, wenn es gelänge, den Kurs der Silbermünzen im Verhältnis zum Gold zu fixieren. Für die Erreichung des letzteren Zweckes erscheint es geboten, daß die Prägung der neuen Silbermünzen nicht freigegeben werde, und daß die chinesische Regierung zu Beginn der Reform alle diejenigen Maßnahmen ergreift, die ihr eine Einwirkung auf die ausländischen Wechselkurse ermöglicht. 2. Wenn auch in den Ländern mit Silberumlauf der Kurs der Silbermünzen von dem Stand der nationalen Volkswirtschaft und ihren Beziehungen zu anderen Nationen abhängig sein wird, so ist es doch wünschenswert, daß ein einheitliches Ausmünzungsverhältnis von Gold- und Silbermünzen in solchen Ländern bestehe, die künftig eine Goldvaluta annehmen, und daß dieses Verhältnis auf etwa 32 : 1 festgesetzt werde, falls keine weiteren ernstlichen Veränderungen im Silberpreise eintreten. Von den Delegierten der mexikanischen Regierung wurden dann ausführliche Mitteilungen gemacht über die Erzeugung und den Verbrauch von Silber in der Welt, sowie über die Möglichkeit, eine größere Stetigkeit des Silberpreises herbeizuführen durch Beobachtung einer gewissen Regelmäßigkeit in den für Münzzwecke vorzunehmenden Silberkäufen der einzelnen Nationen. Nächste Sitzung morgen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Aus Kopenhagen wird gemeldet, dort verlaute, König Christian werde den Besuch Kaiser Wilhelms im Oktober in Rostock erwidern und zwar anläßlich der Einweihung der Dampffähre Gjedser-Warnemünde. — Am 27. und 28. Oktober findet hier eine deutschnationale Konferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels, die zweite ihrer Art, statt. Am 27. Oktober wird eine Ausschußsitzung der Delegierten abgehalten. — Graf Pückler-Kleinschirma, der wegen Herausforderung des Geheimrats Naumann-Glogau zum Zweikampfe zu 2 Monaten Festungshaft verurteilt worden ist, hat seine Strafe auf der Festung Weichselmünde jetzt angetreten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Sächsische Orden erhielten: der Chefpräsident der Oberrechnungskammer und des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, Wirkl. Geheimrat Magdeburg in Potsdam, das Großkreuz des Albrechtsordens und der Vorsteher des Präsidialbureaus der Oberrechnungskammer Geh. Rechnungsrat Maaß das Offizierkreuz desselben Ordens. — Die Reise der Großherzogin Karoline von Sachsen-Weimar nach einem Schweizer Kurorte wird mit einer hochgradigen Verstimmung derselben gegen einige in hervorragenden Stellungen befindliche Persönlichkeiten des Hofstaates in Zusammenhang gebracht. Die junge Fürstin wünscht allein Herrin in ihrem Haushalte zu sein und beansprucht für sich das Recht der Selbstbestimmung in den Aeußerlichkeiten des täglichen Lebens; die betreffenden Persönlichkeiten sollen sich aber verschiedentlich in Widerspruch mit diesen Ansichten der Großherzogin gesetzt haben. — Die Meldung von dem bevorstehenden Rücktritt des Präsidenten des preußischen evangelischen Oberkirchenrats Dr. v. Barkhausen wird von diesem selbst dementiert.

Berlin. (Priv.-Tel.) Heute früh hat sich hier in der Soldiner Straße die 39jährige Ehefrau Anna Bleiß aus Verzweiflung über die Untreue ihres Mannes, der sich von seiner Familie trennen wollte, um mit einem 20jährigen Mädchen zusammenzuleben, mit ihrem Töchterchen vergiftet. Der Versuch, auch ihre Söhne im Alter von 10 und 8 Jahren zu vergiften, mißlang.

Heidelberg. Die badische Regierung lehnte das auf 40 Millionen Mark veranschlagte Projekt der Schiffbarmachung des Neckars, wovon eine Beeinträchtigung der landschaftlichen Schönheiten des Tales befürchtet wurde, ab.

München. Die bayrischen Staatsbahnen erzielten im ersten Halbjahre eine Einnahme von 73 175 000 Mk., 3 288 929 Mark mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, bei 5919 Kilometer Betriebslänge gegen 5807 Kilometer im Vorjahre.

Neisse. (Priv.-Tel.) Die Lusche ist wieder ausgetreten und hat die Umgebung weit überschwemmt. Der bereits ausgebesserte Damm ist aufs neue gerissen. In und bei Ritterswalde sind sämtliche Einfahrtsbrücken zerstört und 21 meist massive Privatbrücken weggerissen. In Langendorf sind die durch das Militärkommando vorgenommenen Wiederherstellungsarbeiten durch neue gewaltige Regengüsse wieder weggerissen. In kurzer Zeit waren das ganze Bielatal und das Dorf vollständig überflutet.

Wien. (Priv.-Tel.) In Aich i. B. haben unmittelbar nach dem Schulschluß 47 Abiturienten des dortigen Gymnasiums ihren Austritt aus der katholischen Kirche angemeldet und sind zum Protestantismus übergetreten. — Der künftige Präsenzstand der österreichisch-ungarischen Armee nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit wird auf 365 000 Mann berechnet gegen den jetzigen Stand von 311 000 Mann.

Pest. Abgeordnetenhaus. Unter großer Spannung des Hauses ergreift Graf Apponyi das Wort und führt aus: Er habe lange der Versuchung widerstanden, seinen Standpunkt im Abgeordnetenhause klarzulegen, weil er dadurch verhindert worden wäre, den Vorsitz weiter zu führen, und weil er in einer so kritischen Zeit seinen Posten nicht habe im Stich lassen wollen. Jetzt aber wolle er als Patriot zu Patrioten reden. Zunächst müsse er erklären, daß er den Ministerpräsidenten Grafen Khuen Hedervary auf Grund seines Programms unterstützt habe. Redner billigt dann den Weg, den der Ministerpräsident zur Entwirrung der Lage vorgeschlagen habe, und fügt hinzu, Graf Khuen sei einer der verdienstvollsten ungarischen Staatsmänner. Er könne es nicht gelten lassen, daß die Erhebung des Banus von Kroatien zum ungarischen Ministerpräsidenten als eine Anomalie angesehen werde. Redner geht dann zur Erörterung der Nationalforderung in der Armeefrage über und führt aus: Man habe ihm im Laufe der Erörterung unzählige Male vorgeworfen, daß er seinen früher vertretenen Standpunkt als Oppositioneller aufgegeben habe; er sei sich immer treu geblieben, er halte an den von Szentiványi in der Parteikonferenz vorgetragenen Forderungen in der Militärfrage fest. Er sei immer der Anschauung gewesen, daß diese Reformen nur stufenweise durchgeführt werden können. Nur falls seine Forderungen anläßlich der Wehrgesetzreform nicht berücksichtigt würden, würde er diese Vorlage nicht annehmen. Apponyi erklärt weiter, daß er eine Erhöhung des Rekrutenkontingents für notwendig halte innerhalb der finanziellen Grenzen, die der Honvedminister bezeichnet habe, und fügt hinzu, daß er eine Festsetzung des Friedensstandes wünsche. Was das militärische Strafverfahren angehe, so fordere er, daß bei öffentlicher Verhandlung die ungarische Sprache angewendet werde. Zu der Versetzung ungarischer Offiziere nach Ungarn fordere er beschleunigtes Tempo. Betreffs des ungarischen Kommandos erklärt Graf Apponyi, er habe stets behauptet, dies sei kein Reservatrecht der Krone, das der Verfügung der parlamentarischen Faktoren entzogen sei; doch sei es ein Irrtum, anzunehmen, daß die Gesetze von 1867 das ungarische Kommando festsetzten, ferner, daß diese gesetzliche Vorschrift nur mißachtet worden sei; daß es deshalb die Aufgabe der Obstruktion sei, dem ungarischen Kommando Geltung zu verschaffen. Dieser Standpunkt, den die Obstruktion als Rechtsgrundlage gewählt habe, sei unhaltbar. Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärt Graf Apponyi: Ich halte die Forderung, daß bei dem ungarischen Regiment als Dienst- und Kommandosprache die ungarische Sprache zur Geltung komme, für eine Forderung, die früher oder später verwirklicht werden muß. (Stürmischer Beifall auf allen Seiten des Hauses.) Ich bin dieser Anschauung, fährt Redner fort, weil ich in der Erfüllung dieser Forderung ein Mittel zur Konsolidierung der ungarischen Nation erblicke. Diese Konsolidierung zu fördern, ist das höchste Interesse der Dynastie und der Nation. Ich fordere jetzt jedoch deshalb nicht die Verwirklichung dieses meines Standpunktes, weil ich zur Zeit große und fast unbesiegbare Schwierigkeiten dabei voraussehe; ich schließe jedoch aus, daß Schwierigkeiten von seiten der Krone erhoben werden; denn ich bin überzeugt, daß, sobald der wohlerwogene nationale Wille zum Ausdruck gelangen wird, der Monarch kein Hinderniß in den Weg legen wird. (Langanhaltender, stürmischer Beifall auf allen Seiten des Hauses.) Redner bespricht sodann die gegenwärtige Lage und erklärt, die Obstruktion flöße ihm die größte Besorgnis ein. Er erörtert dann die Besprechungen des Ministerpräsidenten mit der Opposition und erklärt es für unbillig und ungerecht, die Erörterung der Militärfrage nicht bis zur Zeit der Verhandlung des Wehrgesetzes verschieben zu wollen. Er erinnert daran, daß in dem Verhältnis zwischen Krone und Nation auch das Prestige der Nation gewahrt werden müsse. Völlig ungerechtfertigt aber sei, im vorliegenden Falle von der ultima ratio zu sprechen, denn niemals seien Krone und Regierung bereitwilliger gewesen, Entgegenkommen zu beweisen als jetzt.

Paris. Kardinal Richard wurde heute vormittag vom Minister des Aeußern empfangen.

Rom. Ueber die heutige zweite Versammlung der Kardinäle wird berichtet: Kardinal Oreglia ließ durch den Sekretär Merry del Val die im Vatikan eingegangenen Beileidstelegramme und die von ihm namens des Kollegiums gesandten Antworten mitteilen. Die Kongregation habe dann die obersten Beamten des Vatikans in ihrem Amte bestätigt. Die Kongregation habe, ohne daß ein Gegenvorschlag gemacht worden wäre, beschlossen, das Konklave in Rom abzuhalten, und die Kardinäle erwählt, die den Auftrag haben, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Dem Vernehmen nach sei der für die Abhaltung des Konklave genehmigte Plan der gleiche, wie beim letzten Konklave.

Pfund's sterilisirte Kindermilch (keimfreie) Trockenfütterung
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79